



# Ein Jahr für die Kultur der Demokratie

Seit einem Jahr ist Claudia Roth Staatsministerin für Kultur und Medien. Ein Jahr, das geprägt war von der Corona-Pandemie und ihren Folgen für den Kultursektor, dem verbrecherischen Angriffskrieg Putins auf die Ukraine und den verheerenden Folgen für die Menschen in der Ukraine. Dieser Krieg ist, das zeigen uns die gezielte Zerstörung und Plünderung von Museen, Theatern und Bibliotheken, auch ein Krieg gegen die Kultur.

Es ist ein Krieg, der auch unser Land vor immense Herausforderungen stellt. Inflation und Energiekrise sind Folgen hier. Ungewissheit, existenzielle Nöte und enorme Belastungen auch im Kultursektor spüren wir jeden Tag. Wir helfen der Ukraine, den Kultureinrichtungen dort und ihren Künstlerinnen und Künstlern gemeinsam mit Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft, wo wir können.

Wir helfen aber auch der Kultur der Demokratie in unserem Land, ihren Künstlerinnen und Künstlern und ihren Institutionen. Der Energiefonds der Bundesregierung ist dafür das stärkste Zeichen. Aber auch darüber hinaus gilt: Die Förderung und der Erhalt von Kunst und Kultur in all ihrer Vielfalt und Breite angesichts der Krisen sowie der Schutz der Kultur der Demokratie ist das drängende Gebot der Stunde.

Wir haben eine klare Neupositionierung der Kulturpolitik vorgenommen - für die Erweiterung und Demokratisierung des Kulturbegriffes, für die Förderung von Nachhaltigkeit und Klimaschutz wie auch der Diversität im Kulturbereich. Hinzu kamen die Verbesserung des föderalen Zusammenwirkens sowie das Anpacken überfälliger struktureller Reformen, etwa bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz oder das Lösen lange liegen gebliebener Aufgaben wie des Erwerbs des Hamburger Bahnhofs oder die Neubestimmung der Erinnerungspolitik im Sinne eines europäischen Erinnerungsraumes und eines Erinnerns in die Gegenwart und Zukunft der Einwanderungsgesellschaft. Medienpolitisch stand die deutsche G7-Präsidentschaft im Vordergrund, die Medienpolitik



erstmals eigenständig und mit großer Zustimmung der Partner im Präsidenschaftsprogramm verankert und dazu erstmals einen G7-Medienministerinnen und -ministertreffen einberufen hat. Zugleich haben wir uns für den Schutz und die Unterstützung von Medien und Medienschaffenden im Exil engagiert, unsere freiheitliche Medienordnung in den Verhandlungen um die EMFA europäisch verteidigt sowie den Boden bereitet für eine große Reform der Filmförderung, die im nächsten Jahr ansteht.

Stärkung der Kultur in herausfordernden Zeiten – das geht nur gemeinsam mit dem Parlament und an dieser Stelle sei ausdrücklich den Abgeordneten des Deutschen Bundestags gedankt, den Fachpolitikerinnen und Fachpolitikern aus der Kultur ebenso wie den Haushaltspolitikerinnen und Haushaltspolitikern.

### **Wir haben die Weichen gestellt für eine handlungsfähige, krisenfeste und innovative Kulturpolitik:**

- Der Etat der Staatsministerin für Kultur und Medien steigt auf erstmals rund 2,39 Milliarden Euro. Mit diesem Zuwachs schaffen wir ein starkes Fundament, um die Vielfalt der Kultur, die kulturelle Teilhabe für die ganze Gesellschaft zu ermöglichen und zu stärken sowie die Kulturschaffenden zu unterstützen und das Modell freier und unabhängiger Medien zu schützen und zu kräftigen.
- Die Staatsministerin für Kultur und Medien hat die Energiekrise mit ihren Folgen für die Kultur frühzeitig auf die deutsche und europäische Agenda gesetzt. Zur Unterstützung der Kultureinrichtungen und für den Erhalt von Kulturangeboten wurden im Wirtschaftsstabilisierungsfonds 1 Milliarde Euro vorgesehen. Die BKM unterstützt darüber hinaus Kultureinrichtungen mit Beratungs- und Vernetzungsangeboten, mindestens 20 Prozent Energie einzusparen.
- Für die Bekämpfung der Langzeitfolgen der Corona-Pandemie wurde NEUSTART KULTUR und der Sonderfonds verlängert und unterstützt so weiterhin die Kultur- und Medienbranche, beispielsweise konnten so die bedeutendsten deutschen Buchmessen in Frankfurt am Main und Leipzig unterstützt, damit ermöglicht und zukunftssicher aufgestellt werden.



- Um jungen Menschen in unserem Land eine größere Teilhabe an Kunst und Kultur zu ermöglichen, ihnen einen Anreiz für eine Entdeckungsreise unserer vielfältigen Kulturlandschaft vor allem auch vor Ort zu geben und zugleich den Kulturbereich spürbar zu unterstützen, werden wir einen KulturPass für 18-Jährige in Höhe von 200 Euro einführen. Dazu stehen wir in engem Austausch mit Frankreich, das einen solchen PassCulture bereits eingeführt hat. Es ist damit auch ein deutsch-französisches Projekt.
- Nach jahrelangen Verhandlungen ist es uns gemeinsam mit dem Land Berlin gelungen, die Weichen für den Ankauf des Hamburger Bahnhofs zu stellen und damit das Museum für Gegenwart im Hamburger Bahnhof, eine der größten öffentlichen Sammlungen für zeitgenössische Kunst weltweit, für den Kulturstandort Berlin zu sichern.
- Erstmals seit der Gründung der Stiftung Preussischer Kulturbesitz, dem größten Verbund von Kultureinrichtungen in Deutschland, ist es unter der Leitung der Staatsministerin für Kultur und Medien gelungen, eine umfassende und längst überfällige Reform der SPK auf den Weg zu bringen. Mit dieser Reform soll das Potential der vielen Kultur- und Kunstschatze viel wahrnehmbarer zur Geltung gebracht und dieser so einmalige Verbund von Kultureinrichtungen moderner und deutlich attraktiver aufgestellt werden, auch im internationalen Wettbewerb.
- Mit einer deutlichen Erhöhung der Mittel (2022 um 5 Millionen Euro; 2023 um 2,5 Millionen Euro) und der Bestellung des Ansprechpartners der Bundesregierung für die Kultur- und Kreativwirtschaft, Michael Kellner, stärken wir gemeinsam mit dem BMWK und in einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit eine der dynamischsten Branchen Deutschlands und der Welt.
- Durch die Verlängerung des Ausfallfonds I für Dreharbeiten von Kinofilmen und HighEndSerien, die erneute Absicherung der Filmförderungsanstalt (FFA) mit NEUSTART KULTUR und durch die Aufstockung des German Motion Picture Fund wurde die Filmwirtschaft in Krisenzeiten stabilisiert.
- Wir haben die viel zu oft prekäre Lage von Kreativen und Kunstschaffenden gerade in diesen Zeiten deutlich verbessert: Gemeinsam mit dem Bundesminister für Arbeit und



Soziales haben wir die Erweiterung der Zuverdienstmöglichkeiten in der Künstlersozialversicherung und die Entfristung der Sonderregelung beim Arbeitslosengeld für kurzfristig Beschäftigte auf den Weg gebracht.

„Zusammen gestalten – Strukturen stärken“ ist ein neues, ressortübergreifendes Programm für ländliche, strukturschwache Regionen: Im Zeitraum von 2023 bis 2030 soll mit einer Förderhöhe von 69,5 Millionen Euro gemeinsam mit dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), dem Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) und der Kulturstiftung des Bundes (KSB) mehr und vielfältigere Kultur in ländlichen Räumen gefördert und gestärkt werden.

**Kultur- und Medienpolitik hat die Aufgabe, Räume zu schaffen, zu schützen und zu fördern, in denen die grundlegenden Zusammenhänge einer demokratischen Gesellschaft erlebbar sind.**

Sie schafft und schützt damit den demokratischen Raum, bereitet die Grundlage auch für europäische und internationale Verständigung und leistet so ihren Beitrag von der Demokratiepolitik bis zur Außen- und Sicherheitspolitik. Dabei ist auch klar: Staatlich geschützte und geförderte Freiheitsräume haben auch eine besondere Verantwortung. Die kommende Generation wird kaum noch Freiheitsräume erfahren können, wenn wir nicht Nachhaltigkeit und Klimaschutz zum Inhalt und einer Grundbedingung der Kulturpolitik machen. Diversität ist ganz besonders für unsere Einwanderungsgesellschaft grundlegend. Auch gilt es, gemeinsame Räume des Gedenkens und der gemeinsamen, vielfältigen Erinnerungen zu schaffen. Ein wichtiger Bestandteil des kulturpolitischen Auftrages ist zudem der entschiedene Einsatz gegen Antisemitismus, Rassismus und aller Arten von Menschenfeindlichkeit.

„Die Klimakrise ist eine der Überlebensfragen der Menschheit, deshalb haben wir Klimaschutz und Nachhaltigkeit auch in der Kultur- und Medienbranche stark vorangetrieben:

- In der BKM haben wir ein eigenständiges Referat ‚Nachhaltigkeit‘ gegründet, außerdem den Wissensaustausch verstärkt, Pionierarbeit gefördert, ökologische Mindeststandards für Museen in die Entwicklung gebracht.



- Unter dem Stichwort Green Shooting wurden einheitliche ökologische Standards für die audiovisuelle Produktion ab 2023 beschlossen.
- Für das geplante Museum der Moderne haben wir mehr Mittel für mehr Nachhaltigkeit bereitgestellt und setzen damit im Hinblick auf Energieeffizienz und ökologische Nachhaltigkeit neue Maßstäbe.

Wir erweitern und stärken die Erinnerungskultur, denn eine vielfältige, in die Zukunft gerichtete Erinnerungspolitik erinnert in unserer Einwanderungsgesellschaft an die Verbrechen des Nationalsozialismus in ganz Europa, an das SED-Unrecht, an den Kolonialismus und auch an die rechtsextremistische und rassistische Gewalt von Mölln bis Hanau.

- Die Aufarbeitung des Nationalsozialismus wurde weiter gestärkt, so hat das Bundeskabinett im Mai das Konzept für das Dokumentationszentrum „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ verabschiedet und die BKM hat die Ausarbeitung des Konzeptes für den „Ort des Erinnerns und der Begegnung mit Polen“ übernommen und hierfür Mittel bereitgestellt. Auch für das Bundesarchiv, unter anderem zur Digitalisierung von Dokumentbeständen zum Nationalsozialismus, und für das Förderprogramm „Jugend erinnert“, sind mehr Haushaltsmittel vorgesehen. ◦ Erstmals wird nun die koloniale Vergangenheit Deutschlands als ein Teil der Erinnerungskultur in den Fokus gerückt: Dabei steht die konsequente Aufarbeitung im Zentrum und bietet die Grundlage für eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Es war ein international wahrgenommenes, wichtiges Signal, dass abgestimmt mit allen betroffenen Bundesländern Kulturstaatsministerin Claudia Roth gemeinsam mit Außenministerin Annalena Baerbock im Sommer die Eigentumsübertragung der

Benin-Bronzen mit Nigeria vereinbart hat. Zudem wird mit dem Netzwerk MuseumsLab die nächste Generation der europäischen und afrikanischen Museumsleiterinnen und Museumsleitern in den Kontakt und Austausch zueinander gebracht. Andere Länder und Museen haben sich dem deutschen Modell mittlerweile angeschlossen. Gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt sowie dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit bauen wir zudem eine internationale Museumsagentur auf.



- Gemeinsam mit beteiligten Bundesministerien und Bundesländern hat die BKM den Prozess zur Errichtung eines Archivs zu Rechtsterrorismus angestoßen und eine fachliche Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Entwicklung einer Grundkonzeption eingesetzt.
- Freie und unabhängige Medien sind Lebenselixier der Demokratie und einer offenen Gesellschaft, ihnen kommt gerade in diesen Zeiten eine entscheidende Rolle zu:
  - Daher haben wir die strukturelle Journalismus-Förderung etabliert, Exiljournalismus durch den JX-Fund zusätzlich gefördert, durch den insbesondere russische Exilmedien und Medienschaffende unterstützt werden und gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt mit der Hannah-Arendt-Initiative ein Schutzprogramm für Journalistinnen und Journalisten ins Leben gerufen.
- Außerdem hat die Medienstaatsministerin erstmals Medienpolitik als selbständiges Themenfeld in den G7-Prozess integriert, das G7-Medienministerinnen und ministertreffen in Bonn war ein wichtiges Signal für die Stärkung von Medienvielfalt und Meinungsfreiheit weltweit.
- Sehr schnell ist die Staatsministerin tätig geworden, um die Ukraine angesichts des verbrecherischen Angriffskrieges Russlands zu unterstützen: Denn der Angriff des PutinRegimes zielt auch darauf, die kulturelle Identität der Ukraine zu vernichten. Mit Mitteln aus dem Ukraine-Ergänzungshaushalt in Höhe von 20 Millionen Euro konnten umfangreiche Maßnahmen zum Schutz ukrainischer Kulturgüter sowie für Stipendien und Residenz-Programme für ukrainische Kulturschaffende ergriffen werden.